





"Stadtentwicklungsgebiet Leipzig - Lindenau/Plagwitz" (FMV-Ident 2009 273)

Färderrichtlinie der Stadt I einzig über die Cowährung von Zuwendungen en

Förderrichtlinie der Stadt Leipzig über die Gewährung von Zuwendungen an kleine Unternehmen im Rahmen des EFRE-Förderprogramms nach VwV Stadtentwicklung 2007-2013 vom 20.05.2008, Abschnitt II Nr. 1.4 a

Antrag

Amt für Wirtschaftsförderung Herr Lohse Neues Rathaus Martin-Luther-Ring 4 – 6

04109 Leipzig

Nicht vom Antragsteller auszufüllen						
Eingangsstempel Amt für Wirtschaftsförderung	Eingangsstempel Amt für Wirtschaftsförderung					
Bearbeitung durch						
Bearbeitungszeitraum von	bis					
Desirable Ma						
Projekt-Nr.						

Ich/Wir beantrage/n eine Investitionsbeihilfe für kleine Unternehmen im Stadtentwicklungsgebiet Leipzig - Lindenau/Plagwitz.

1. Allgemeines

1.1 Antragsteller

Firma	Straße/Hausnummer		
Tima		Oli also/i la doli all'illioi	
Inhaber/-in bzw. Vertretungsberechtigte/r			
D :: 11/0 :		Tu . 5	
Postleitzahl/Ort		Name des Bearbeiters	
Telefon	Telefax	e-mail	
	į	@	
Bankverbindung: Kontonummer	BLZ	Name der Bank	
bankverbindung. Kontonummer	BLZ	Name dei Dank	

1.2 Rechtsform

Rechtsform u steuer- bzw. geseilschaftsfechtliche Vernalthisse (falls notwendig, bitte in einer Anlage erläutern)	zustandiges Finanzamt
eingetragen im	Steuernummer
unter Nr.	, ,

1.3 Kriterien für eine Förderfähigkeit

Wirtschaftszweig des Unternehmens

Wenn sich die gewerbliche	Tätigkeit auf mehrere \	Wirtschaftszweige erstreckt,	bitte nähere Angaben:	Z. B. prozentualer	Anteil am Umsatz,	erfor-
derlichenfalls in einer Anlag	e.					

derlichenfalls in e	einer Ar	lage.		· ·						
Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte				Jahre	sumsatz					
< 50		≥ 50 Person	en			< 10 Mio €			≥ 10 Mio €	
Ist Ihr Absatzge	st Ihr Absatzgebiet überregional? Wenn ja: Wie groß			oß ist der	Anteil des übe	erregionalen Ab	satzes?			
nein		ja		%						
Gehört die Betri	ebsstä	tte zu einem	Unternehmen	, das zu mehr al	s 25% im	Besitz eines	anderen/mehr	erer and	lerer Unternehme	en steht?
nein		ja		Wenn ja: Bitte de	etailliert di	e Beteiligungs	verhältnisse ar	ngeben!		
1.4 Bereits	bear	ntragte/be			inanzi	erungshi	lfen			
nein		ja	sowie Datum	um Antrag und Aktenzeiche ungsbescheid	en Inves	itionszeitraum	1			
					Absch	nluss: Mon	at Jahr			
	itionsv			neit Förderunger				=		
nein		ja 		te De-Minimis-Be				ietzten 5	Janre beitügen!	
_ I .	vestitio			örderanträge ge						
nein		ja	Wenn ja: Bit	te Kopie des Ant	rages/der	Bewilligung vo	orlegen.			
ja Besteht die Ber		nein [liegt no	och nicht vor, da			ch Förderbescl	heid erfo	lgt	
ja		nein V	Venn nein: Bitte die Bestätigung des zuständigen Finanzamtes/Steuerberaters vorlegen!							
Angaben zum Investitionsvorhaben Investitionsort										
Postleitzahl S	Straße/H	Hausnummer		Befin Leipz		veitere Betrieb	osstätten des A	ntragste	llers/der Antragste	llerin in
		nein Ja Wenn ja: Bitte Wirtschaftszweig und Anschrift(en) der Betriebsstätte(n) angeben!								
Ort Leipzig										
2.2 Titel des Vorhabens (Bitte als Anlage Vorhabensbeschreibung und -begründung beifügen!) Kurztitel des Projekts										
2.3 Zeitliche Planung des Vorhabens										
Vorhabensbeg	inn	Tag	Monat	Jahr		Vorh	abensende	Mona	t Jahr	

Das Vorhaben muss innerhalb des Vorhabenszeitraumes realisiert werden; bei erkennbarer Verzögerung ist unverzüglich eine Verlängerung zu beantragen. Erst nach der Erteilung eines Änderungsbescheids gilt der neue Zeitraum!

3. Angaben zu den Dauerarbeitsplätzen

Frauen 1	Männer 2	Summe 1+2	davon Ausbildungsplätze gesamt	davon Ausbildungsplätze Frauen		
Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze zu Investitionsbeginn						
Anzahl der Dauerarbeitsplätze nach Abschluss der Investition						

Nicht einzubeziehen ist der Arbeitsplatz des Unternehmers/der Unternehmerin bzw. von Anteilseigner/-innen. Die Arbeitsplätze müssen neu geschaffen und mit sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer/innen besetzt werden. Der Nachweis erfolgt durch den Arbeitsvertrag. Nicht förderfähig sind Personen, die innerhalb eines Jahres vor Antragstellung bereits im Betrieb beschäftigt waren, die in Leiharbeitsverhältnissen stehen oder als Teilzeitbeschäftigte weniger als 20 Stunden/Woche arbeiten.

4. Investitionskosten

	Gesamt		Nicht vom Antrag	steller auszufüllen!	
	□ brutto	□ netto	förderfähiger Aufwand	Förderbetrag Fördersatz:%	
4.1 Bauliche Investitionen		€	€	€	
4.2 Maschinen und Anlagen	€		€		€
4.3 Ausstattungen von Gebäuden		€	€	€	
4.4 Immaterielle Wirtschaftsgüter		€	€	€	
4.5 Investitionskosten Gesamt		€	€	€	
4.6 Förderbetrag Gesamt	€				

5. Finanzierung

5.1 Eigenmittel (mit Nachweis)	€
5.2 Eigenleistungen (mit Nachweis)	€
5.3 Investitionszulage nach InvZulG (beabsichtigte Beantragung)	€
5.4 sonstige Kredite (mit Nachweis)	€
5.5 sonstige Finanzmittel (bitte erläutern)	€
5.6 Beihilfe aus vorliegendem Antrag (Förderbetrag aus 4.6)	€
5.7 Gesamtfinanzierung (muss mit 4.5. übereinstimmen)	€

6. Erklärungen

Allgemeines

- 6.1 Ich/wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben zu diesem Antrag
- 6.2 Ich/wir erkenne(n) die geltende Förderrichtlinie der Stadt Leipzig über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des EFRE-Förderprogramms "VwV-Stadtentwicklung, 2007-2013" für das Stadtentwicklungsgebiet Leipzig Lindenau/Plagwitz an. Mir/uns ist bekannt, dass kein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Zuwendungen besteht, auch wenn dieser Antrag vollständig eingereicht wird.
- 6.3 Ich/wir erkläre(n), vor der Erteilung des Zuwendungsbescheides nicht mit dem Investitionsvorhaben begonnen zu haben. Mir/uns ist bekannt, dass unter Beginn des Vorhabens grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages verstanden wird. Grunderwerb und Planung und Bodenuntersuchung bei Baumaßnahmen werden nicht als Beginn des Vorhabens angesehen.
- 6.4 Ich/wir erkläre(n), dass Abwasser und Abfälle, die bei den unter Punkt 4 genannten Investitionen anfallen, ordnungsgemäß beseitigt bzw. entsorgt werden und dass sich die ggf. entstehenden Luftverunreinigungen in den zulässigen Grenzen halten werden.
- 6.5 Mir/uns ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligt und dass in diesem Falle die Verordnung (EG) 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006, (Allgemeine Bestimmungen über die Strukturfonds) in Verbindung mit der VO (EG) 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006, der VO (EG)Nr. 800/2008 vom 6. August 2008 (allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung) und der VO (EG) Nr. 1998/2006 vom 15. Dezember 2006 (De-minimis-Beihilfen) Anwendung
- findet. Nach Art. 72 der VO (EG) 1083/2006 vergewissert sich die Kommission im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Gemeinschaften, dass in den Mitgliedstaaten Verwaltungsund Kontrollsysteme vorhanden sind und einwandfrei funktionieren, so dass eine effiziente und ordnungsgemäße Verwendung der Gemeinschaftsmittel sichergestellt ist. Zu diesem Zweck können - unbeschadet der von den Mitgliedstaaten gemäß den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungs-vorschriften durchgeführten Kontrollen – Beamte oder Bedienstete der Kommission vor Ort die Operationen, die aus den Fonds finanziert werden, und die Verwaltungs- und Kontrollsysteme unter anderem im Stichprobenverfahren kontrollieren. Nach der Verordnung (EG) 1828/2006 vom 8. Dezember 2006 hat die für eine Intervention zuständige Verwaltungsbehörde für die Publizität der Intervention zu sorgen. Sie unterrichtet insbesondere
- a) die potentiellen Endbegünstigten, die Wirtschaftsverbände, die Wirtschafts- und Sozialpartner, die Einrichtung für die Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und die relevanten Nichtregierungsorganisationen über die durch die Intervention gebotenen Möglichkeiten, und
- die breite Öffentlichkeit über die Rolle der Gemeinschaft im Zusammenhang mit der Intervention und über deren Ergebnisse.
- c) Gemäß Artikel 7, Absatz 2, Buchstabe d) der Verordnung ist die Verwaltungsbehörde dazu verpflichtet, eine Liste der Begünstigten zu führen. Ich stimme der Aufnahme in diese Liste zu.
- 6.6 Ich/wir erkläre(n), dass wir unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen sind und nachkommen.

Subventionserhebliche Tatsachen

- 6.7 Mir/uns ist bekannt, dass die beantragte Zuwendung aus Mitteln des EFRE-Förderprogrammes "VwV-Stadtentwicklung 2007-2013" für das Stadtentwicklungsgebiet Leipzig Lindenau/Plagwitz eine Subvention im Sinne § 264 Strafgesetzbuch, des Sächsischen Subventionsgesetzes sowie des Subventionsgesetzes des Bundes (SubvG) vom 29. Juli 1976 (BGBI. I Nr. 93, Seite 2037) ist und und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.
- 6.8 Mir/uns ist weiterhin § 4 SubvG bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist.
- **6.9** Weiterhin ist mir/uns bekannt, dass **subventionserheblich** im Sinne dieser Vorschriften sind:
 - (1) Alle Angaben dieses Antrages, der sonstigen beigefügten oder noch auf Anforderungen beizubringenden Unterlagen hierzu sowie die Grundlagen des Zuwendungsbescheides und die noch abzuschließenden Verträge, von denen die Bewilligung, die Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteiles abhängig ist.
 - (2) Alle Angaben zu den Mittelabrufen, vornehmlich die Angaben zur gesicherten Gesamtfinanzierung und zur Bonität sowie zur zweckentsprechenden Verwendung der Subventionen;
 - (3) Alle Angaben zu den Verwendungsnachweisen; und iinsbesondere die Tatsache des jeweils vollständigen

- und rechtzeitigen Nachweises der zweckentsprechenden Mittelverwendung;
- (4) Alle Anhaltspunkte und Tatsachen, die die teilweise oder vollständige Erreichung des Zuwendungszweckes gefährden oder unmöglich machen; deshalb habe ich auch nach Antragstellung und nach Gewährung der Zuwendungen mitzuteilen, wenn
 - der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen,
 - sich Anhaltspunkte ergeben, dass der Zuwendungszweck nicht oder nicht mit der bewilligten Zuwendung zu erreichen ist, vornehmlich wenn sich die Investitionskosten erhöhen oder die Finanzierungsbedingungen ändern, die mit Zuwendungsbescheid vorausgesetze Anzahl der Ausbildungs- und/oder Arbeitsplätze innerhalb der zeitlichen Bindung nicht gesichert ist bzw. nicht mehr benötigt wird,
 - zu inventarisierende Gegenstände innerhalb der zeitlichen Bindung nicht mehr entsprechend Subventionszweck verwendet oder benötigt werden,
 - ein Insolvenzverfahren gegen mich bzw. die Zuwendungsempfänger(in) beantragt oder eröffnet wird.
- 6.10 Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir gemäß § 3 SubvG gegenüber der antragsannehmenden Stelle unverzüglich sämtliche eintretende Änderungen zu den vorstehend bezeichneten Tatsachen bzw. das Eintreten dieser Tatsachen mitzuteilen habe(n). Mir ist auch bekannt, dass daher auch das Unterlassen von Mitteilungen über Änderungen zu diesen Tatsachen subventionserheblich ist.

Datenschutz

6.11 Ich/wir bin/sind damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei dem zuständigen Amt und der Antragsannahmestelle zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden oder die Annahmestelle sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschl. der Entscheidungs-

- gründe allen an der Finanzierung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland bzw. bei der Europäischen Kommission zur Verfügung zu stellen
- 6.12 Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.
- 6.13 Ich/wir bin/sind unterrichtet und damit einverstanden, dass die Hausbank, ggf. deren Zentralinstitut, die Stadt Leipzig, die Landesdirektion Leipzig sowie die von ihnen entsprechend den Programmrichtlinien eingeschalteten Projektma-
- nagementstellen die sich aus der Antragstellung und der Förderung ergebenden Daten speichern können.
- 6.14 Ich/wir bin/sind unterrichtet und damit einverstanden, dass eine Datenübermittlung zwischen den vorher genannten Stellen in dem Umfang, wie sie zur Vergabe der Fördermittel bzw. zur Abstimmung der Salden erforderlich ist, erfolgen kann.
- **6.15** Ich/wir verzichte(n) im obigen Umfang auf die Rechte aus dem Datenschutz.

Auskünfte

- 6.16 Ich/wir bin/sind unterrichtet, dass zur Bearbeitung dieses Antrages weitere Auskünfte über die persönlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse erforderlich werden können, die von der Stadt Leipzig oder einer von dieser beauftragten Stelle sowie der Hausbank im Bedarfsfall angefordert werden können.
- 6.17 Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, dass die zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen weiteren Auskünfte über die persönlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die von der Stadt Leipzig oder einer von dieser beauftragten Stelle sowie der Hausbank im Bedarfsfall angefordert werden können, nach Anforderung durch diese Stellen erteilt werden.
- 6.18 Ich/wir erkläre(n) mich/uns unwiderruflich damit einverstanden, dass das Finanzamt jede von der Stadt Leipzig gewünschte Auskunft über steuerliche Verhältnisse erteilt und unter Umständen Einblick in die Steuerakte gewährt wird.
- 6.19 Ich/wir erkläre(n) mich/uns unwiderruflich damit einverstanden, dass, wenn im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen vor Ort, sei es durch die Stadt Leipzig, deren Beauftragte oder durch eine von diesen Stellen bestimmte Prüfungsgesellschaft für notwendig gehalten werden, diese Prüfungen vorgenommen werden.
- **6.20** Ich/wir verpflichte(n) mich/uns, ggf. die Kosten für diese Prüfungen zu übernehmen.

7.	Anlagen						
Mit d	Mit diesem Antrag reiche/n ich/wir folgende Anlagen ein:						
	Vorhabensbeschreibung und -begründung		Erläuterung zu bisherigen öffentlichen Förderungen/De-Minimis- Bescheinigung				
	Kostenvoranschläge zu Investitionskosten Pkt. 4		Kopie Gewerbeerlaubnis/Gewerbeschein				
	Nachweis der Eigenmittel Pkt. 5.1		Erläuterung zu Rechtsform/Beteiligungsverhältnissen				
	Finanzierungsnachweise Pkt. 5.2, 5.4, 5.5		Erläuterung zur Tätigkeit in verschiedenen Wirtschaftszweigen				
	BWA / Jahresabschluss		Nachweis der nichtvorliegenden Vorsteuerabzugsberechtigung				
	Umsatz- u. Ertragsvorschau bzw. Rentabilitätsvorschau						
8.	rechtsverbindliche Unterschrift						
	Ort/Datum		Unterschrift/Stempel				